

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gründungs-Jahr 1828

Schreibweise, Druck und Verlag von G. H. Kallier (Hess. Hofen) Nagold.

Samstag den 28.

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind dabei von bestem Erfolg.

Das Blatt enthält alle Nachrichten aus dem Oberamtsbezirk, die für die Bevölkerung von Interesse sind. Es enthält auch alle Anzeigen, die in dem Bezirke gemacht werden.

Verlag: Kallier, Nagold.

Postfachkonto: Stuttgart 6118.

Bestellt an jedem Sonntag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen. Preis: 25.— 31. Okt. A 2,300,000,000. Einchl. Erwerbsteuer, 10 R. 100. Grundpreis f. Anzeigen: Die einseitige Zeile aus 10 Zeilen à 100 R. 100. Die einseitige Zeile aus 20 Zeilen à 100 R. 100. Die einseitige Zeile aus 30 Zeilen à 100 R. 100. Die einseitige Zeile aus 40 Zeilen à 100 R. 100. Die einseitige Zeile aus 50 Zeilen à 100 R. 100. Die einseitige Zeile aus 60 Zeilen à 100 R. 100. Die einseitige Zeile aus 70 Zeilen à 100 R. 100. Die einseitige Zeile aus 80 Zeilen à 100 R. 100. Die einseitige Zeile aus 90 Zeilen à 100 R. 100. Die einseitige Zeile aus 100 Zeilen à 100 R. 100.

Nr. 254

Dienstag den 30. Oktober 1923

97. Jahrgang

Tagespiegel

Die türkische Regierung in Angora ist zurückgetreten. Das neue Ministertum wird sofort von der Nationalversammlung gewählt. Im Reichsarbeitsministerium wurde am Montag mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Einführung der Goldmarktlöhne verhandelt. Da die bisherigen Verhandlungen zu keiner Einigung führten, dürften die Goldlöhne im Verordnungsweg geschaffen werden. Aus Washington wird berichtet, die amerikanische Regierung werde die Erlaubnis zu einer in den Vereinigten Staaten aufzulegenden größeren Anleihe geben, wenn Frankreich seine Einwendungen erhebe und Deutschland sich verpflichte, die von dem Sachverständigenausschuss festzusetzende Entschädigungspflicht anzuerkennen.

Das zweite Genoa

Auf die Anfrage des britischen Außenministers Lord Curzon hat sich Präsident Coolidge bereit erklärt, die Vereinigten Staaten an der Arbeit eines Sachverständigen-Ausschusses teilzunehmen, der die Zahlungsfähigkeit Deutschlands hinsichtlich der Kriegsschuldensverbindlichkeiten prüfen soll. In dem feststen Glauben, schrieb Curzon, daß die amerikanische Regierung es in ihrer Macht habe, der Sicherheit und dem Frieden der Welt große Dienste zu leisten, spricht die britische Regierung im Namen des ganzen britischen Reichs, das jetzt auf der Reichskonferenz in London vertreten ist, den Wunsch aus, sich den Vorschlägen der Vereinigten Staaten anzuschließen, und es würde die britische Regierung freuen, von der amerikanischen Regierung Vorschläge entgegenzunehmen zu können. Staatssekretär Hughes antwortete, die Regierung der Vereinigten Staaten sei bereit, an einer Konferenz aller europäischen Verbündeten, die zuerst von den Entschädigten benützt wird, teilzunehmen, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu untersuchen und einen Plan aufzustellen, durch den die Zahlungen gesichert werden könnten. Deutschland solle nicht der „Verantwortlichkeit für den Krieg“ und der „gerechten Verpflichtungen“ entzogen werden; es solle auch nicht der Eindruck erweckt werden, als ob die in London geplante Konferenz etwa den Widerstand Deutschlands, seine Verpflichtungen zu erfüllen, unterstützen wolle. Aber es müsse klar hervorgehen, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands berücksichtigt und Deutschland wieder hergestellt werden müsse, weil sonst die Entschädigung unmöglich sei. Die Konferenz solle ferner nur beratenden Charakter haben. Die amerikanische Regierung habe sorgelegt den bedeutenden Unterschied, der zwischen der deutschen Zahlungsfähigkeit und dem wirklichen Wert der Art der Eintreibung und der Schuldentilgung der Verbündeten an die Vereinigten Staaten bestehe. Der britische Premierminister Baldwin hat sich nun also doch dazu bringen lassen, die Entschädigungsfrage dem Urteil aller beteiligten Staaten zu überlassen, nachdem die Dominions sich damit einverstanden erklärt haben, ja ihn, wie General Smuts gelang, geradezu dahin drängen. Und er suchte, Amerika an seine Seite zu bringen. Aus der Antwort des Staatssekretärs Hughes geht hervor, daß die Vereinigten Staaten wohl möchten, aber Angst haben, einen Druck auf Frankreich auszuüben. Immerhin würden die Vereinigten Staaten, falls die Arbeit des Ausschusses an Frankreichs „mangelnder Einsicht“ scheitern sollte, sich ihre Entscheidung vorbehalten. Die französische Regierung hat aber inzwischen ihre Beteiligung an der Konferenz von solchen Bedingungen abhängig gemacht, daß die Sabotage-Künste von Carnes und Genoa in jedem Augenblick wieder wirksam werden können. Nebenfalls scheint es zweckdienlich zu sein, daß die deutsche Außenpolitik in diesem entscheidenden Zeitpunkt sich nicht hinter den Busch duckt, wie es bisher üblich war, sondern daß sie in die Entwicklung entschlossen und konstant eingreift. Dafür wird sie im deutschen Volk Verständnis und Unterstützung finden. So kann sie es vielleicht verhindern, daß die Londoner Konferenz ein zweites Genoa werde.

Eine Steuer-Angelegenheit

Am 23. Oktober war eine Steuer-Goldmark gleich 936 Millionen; am 28. Okt. war eine Steuer-Goldmark gleich 15 Milliarden Papiermark gesetzt. In drei Tagen ist eine Erhöhung auf das 15fache erfolgt! Diese Erhöhung ist um so bedeutungsvoller, als die wirkliche Goldmark auf Dollarbasis in den erwähnten drei Tagen keine wesentliche Veränderung erfahren hat. Am 23. Oktober war ein Pfund Sterling noch rund 200 Milliarden Mark und heute ist ein Pfund Sterling ebenfalls noch rund 200 Milliarden Mark. Wer also z. B. am 23. Okt. eine rüchständige Steuerschuld mit 10 Pfd. Sterl. tilgen konnte, umgerechnet nach dem Umrechnungssatz: 1 Steuer-Goldmark = 936 Millionen, der braucht zur Tilgung derselben Steuerschuld heute 150 Pfund Sterling bei einem Steuer-Goldmarkumrechnungssatz von 15 Bil-

larden, d. h. also 140 Pfund Sterling mehr als vor drei Tagen! Auch derjenige, der als Geschäftsmann im wesentlichen Goldwerte besitzt und nach dem Sinn der Aufwertungsverordnung als Folge nicht rechtzeitiger Zahlung nur Verzugszinsen in Gold zahlen sollte, im übrigen aber aus der inzwischen etwa fortgeschrittenen Seidenerwertung keinen Nutzen ziehen soll, erleidet infolge der unglücklichen Festsetzung der Goldumrechnungssätze für um wenige Tage verspätete Zahlungen unberechenbaren Schaden, der leicht zum Konkurs führen kann. Besonders traurig sind diese Folgen mit Rücksicht darauf, daß die Vorschriften der Aufwertung von rüchständigen Papiermarksteuerern in Goldmarksteuerern erst kurz vor dem 23. Oktober in der Öffentlichkeit näher bekannt geworden sind. Es muß im Hinblick auf die besonderen Umständen Rechnung getragen werden, wenn Steuerpflichtige, die die sich überziehenden Änderungen der Gesetzgebung nicht in einzelnen verfolgen können, wie das vorliegende Beispiel zeigt, infolge Verzögerung einer Zahlung um drei Tage bereits den 15fachen Betrag in Dollar oder Pfund Sterling als Strafzuschlag entrichten müssen, da feststeht, daß vom Gesetzgeber niemals beabsichtigt ist einen Steuerpflichtigen, der infolge entschuldigter Gründe z. B. Reisen u. dgl. wenige Tage mit einer Steuerzahlung in Verzug geraten ist, als Verzugsstrafe das 15fache in Gold abzunehmen, einen Betrag, der in vielen Fällen dem höchsten Strafmaß wegen Steuerhinterziehung nahezu entspricht.

Bersärfung der Lage im Reich

Aufforderung an Bayern
Berlin, 29. Okt. Der Reichstanzler hat im Namen der Reichsregierung die bayerische Regierung aufgefordert, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Frist wieder herzustellen.

Die bayerischen Regierungsparteien für Knilling
München, 29. Okt. Die Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei gab in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Erklärung ab, daß sie in dem Streit mit Berlin sich vorbehaltlos auf die Seite der bayerischen Regierung und des Generalstaatskommissars v. Kahr stelle; die Verweigerung der Abberufung des Generals v. Lossow wurde ausdrücklich gebilligt. Die Mittelpartei hat durch ihre Vertreter der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Ministerpräsident v. Knilling empfing die Note des Reichstanzlers
München, 29. Okt. Die Aufforderung des Reichstanzlers wird abgelehnt werden. Der Ton, in dem die Antwort abgefaßt sein wird, wird davon abhängen, ob die Worte der Reichstanzlernote in „kürzester Frist“ als Ultimatum gemeint seien. In München ist man sich voll bewußt, daß die nächsten Schritte von entscheidender Bedeutung sein werden.

Die sächsische Regierung lehnt den Rücktritt ab
Dresden, 29. Okt. Das sächsische Gesamtministerium bezieht am Samstagabend über die Note des Reichstanzlers. Die Sitzung dauerte die Nacht hindurch bis früh vier Uhr und wurde am Sonntag vormittag 9 Uhr unter Beiziehung der Führer der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei wieder aufgenommen. Auch Führer der Berliner Sozialdemokratie waren zugegen. Es wurde beschlossen, den Rücktritt abzulehnen. Die Reichsregierung sei verfassungsmäßig zu ihrem Verlangen nicht berechtigt; zuständig sei allein der sächsische Landtag, und dieser habe den Rücktritt bisher nicht gefordert. Die Streitfrage werde dem Landtag vorgelegt werden.

Ein Reichskommissar für Sachsen
Berlin, 29. Okt. Halbamtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident ermächtigte den Reichstanzler durch Verordnung, die sächsische Regierung und nötigenfalls andere sächsische Behörden abzusuchen. Wie die D. P. meldet, ist der frühere Reichsjustizminister und ehemalige sächsische Minister Dr. Heinke (D. Volkspartei) zum Reichskommissar für Sachsen ernannt worden.

Verchiebung des Zusammentritts des sächsischen Landtags
Dresden, 29. Okt. General Müller hat verfügt, daß der sächsische Landtag, der am Dienstag zusammentreten wollte, nicht tagen dürfe, bis er von dem Reichskommissar einberufen werde.

Abweichende Stellung der Sozialdemokratie
Berlin, 29. Okt. Die Abhebung der sächsischen Regierung stützt in der Berliner Sozialdemokratie größtenteils auf entschiedenen Widerspruch. Im Parteivorstand wird, wenn die maßgebenden Mitglieder aus Dresden zurückgekehrt sein werden, die Frage beraten werden, ob die Sozialdemokraten noch weiter in der Reichsregierung bleiben können.

Bericht im Amt
Dresden, 29. Okt. Die Reichswehr verhaftete den sozialdemokratischen Regierungsrat Haußke, der einen geheimen Befehl der Waffenbeschlagnahme an Parteiführer erteilt hatte, so daß die Waffen besichtigt werden konnten und die Beschlagnahme vereitelt wurde.

Vom Hamburger Aufstand
Hamburg, 29. Okt. Bis jetzt ist festgestellt, daß bei den Kämpfen in dem Kommunistaufstand 14 Polizeibeamte getötet und 26 verwundet worden sind. Von den Aufständischen sind 65 Tote und etwa 300 Verletzte in den Krankenhäusern eingeliefert, es ist jedoch sicher, daß viele weitere in den Häusern versteckt gehalten werden. Der Sanitätsdienst der Kommunisten hat dafür gesorgt, daß im Schutze der Dunkelheit Tote und Verwundete in größerer Zahl weggeschafft wurden. Von den Verhafteten sind 105 freigelassen worden, was in der Bürgerschaft große Empörung hervorrief und von den Zeitungen scharf gerügt wird. In einem Haus fand man eine Fahnenstange mit Sowjetstern und ein Namensverzeichnis aller kommunistischen Kämpfer in Geheimchrift. Die Führer hatten den jungen Menschen weisgemacht, sie würden die Polizei in einer halben Stunde übermächtig haben. Die Kommunistenführer, namentlich diejenigen aus Anklam sind sämtlich verschwunden; sie sind aus Hamburg entflohen oder halten sich versteckt. Die Stadt Hamburg zahlt an alle Leute der Sicherheitspolizei der städtischen Polizei und der freiwilligen Helferschaft die an der Niederschlagung des Aufstandes beteiligt waren, je 20 Millionen Mark aus. Die Sammlungen aus der Bürgerschaft gehen weiter und haben schon ein bedeutendes Erträgnis.

Der Generalkrieg im den Werften wurde nach vierwöchiger Dauer abgebrochen. Von 2000 beteiligten Arbeitern blieben nur 500 ab; 2800 waren für Fortführung des Streiks. Verschiedene Betriebe stellen nur noch so viele Arbeiter ein, als sie brauchen.

Aus dem besetzten Gebiet
Verhandlungen im Ruhrgebiet
Düsseldorf, 29. Okt. Die Verhandlungen der Ingenieurkommission mit den deutschen Industriellen (Stinnes usw.) wurden am Samstag fortgesetzt. Die Industriellen wären bereit, die Stilllegung der Betriebe zurückzunehmen und die Kohlenlieferungen wieder aufzunehmen, wenn die Reichsregierung sich verpflichte, die Kohlen später zu liefern und wenn die Befehlsgewalt die Kohlensteuer wenigstens zum Teil erlassen. Die Arbeit auf den Zechen wurde am Montag zunächst fortgesetzt.

Plünderungen im Rheinland
Köln, 29. Okt. Fast täglich ziehen Tausende von Köln in die Bergischen Lande und plündern die Felder und selbst die Scheunen. Am Samstag wurden namentlich die Ortschaften von Oberath, Bilerath usw. von zahllosen jungen Burschen, denen es hauptsächlich auf Gewalttaten ankam, schwer heimgesucht. Die Bürgerwehr in Oberath stellte sich den Plünderern entgegen, von denen zwei erschossen wurden. Die Burschen schlugen einen Bauern tot, der die Schiffe abgeben haben soll. In Essen, Gelsenkirchen und anderen Orten dauern die Plünderungen fort.

Hilferuf des Kölner Erzbischofs
Köln, 29. Okt. Kardinalerzbischof Dr. Schulte richtete an die Katholiken des Auslands einen Hilferuf. Er werde dazu die grauenvolle Hungersnot zu vermeiden, in die die nach Millionen zählende Bevölkerung seiner Diözese an Rhein und Ruhr durch die allgemeine Arbeitslosigkeit und Unordnung von Tag zu Tag tiefer hineingestoßen werde. Ohne Uebertreibung gehe es um Millionen von Menschenleben im Mittelpunkt europäischer Kultur, um die Abwendung einer blutigen Schreckenszeit und eines großen Sterbens einer hungernden und verzweifelten Bevölkerung.

Frankreich erkennt die Sonderbündler an
Koblenz, 29. Okt. Der Vorsitzende der Rheinlandkommission, Tirard, ist von der französischen Regierung angewiesen worden, die Sonderbündlerbewegung als gesetzmäßig anzuerkennen.

Kreuznach, 29. Okt. Die Sonderbündler haben in der Nacht zum Samstag alle öffentlichen Gebäude und die Zeitungen besetzt und die Waren in den Verkaufsläden beschlagnahmt.

England erkennt die Sonderbündler nicht an
London, 29. Okt. Nach dem „Daily Telegraph“ beschloß das britische Kabinett, keine sonderbündlerische Regierung anzuerkennen. Sie wies die britischen Befehlsgewalt an, die aufständischen Vanden nicht in die britische Zone einzulassen, auch nicht die Ueberwachung über die deutschen

